Fehlverhalten muss Konsequenzen haben

Dobrindts Vergleich von „Letzte Generation“ mit RAF: „Ein Schmaarn“ und „Verkehrte Welt“, FR-Meinung vom 10. und 11.11.

Harte Strafen für Blockadepolitik

Windkraftanlagen verhindern, Stromtrassen ablehnen, Verkehrswende blockieren, generell alles vermeiden, was den Klimawandel verzögern könnte – das ist die langjährige Politik der CSU-Verkehrsminister wie Ramsauer, Dobrindt, Scheuer, derzeit weitergeführt durch FDP-Minister Wissing unter der Führung von Bundeskanzler Scholz.

Und jetzt reißen diese Herren den Rand weit auf, weil es ein paar Mutige gibt, die dieser verfehlten Politik durch Protest entgegentreten, und fordern harte Strafen gegen Menschen, die ihre eigene Zukunft und die der nachkommenden Generationen retten wollen.

Ich bin hingegen der Ansicht, dass jeder Politiker, der Maßnahmen gegen den bereits stattfindenden Klimawandel auch nur verzögert, hart bestraft werden sollte. Allein schon deswegen, weil sie ihren Amtseid in Bezug auf das Wohlergehen der Bevölkerung brechen.

Paul R. Woods, Neumagen-Dhron

Lebenslang mit Sicherungsverwahrung

Wenn es - wie von der Union gefordert - „Gefängnis zwingend“ geben soll, falls es durch Blockaden des Straßenverkehrs zu langen Staus kommt oder wenn Gegenstände von bedeutendem finanziellen oder kunsthistorischen Wert beschädigt werden, dann möchte ich nicht wissen, welche Strafen auf jene warten, die die menschengemachte Klimahölle zu verantworten haben.

Ein Drittel von Pakistan überschwemmt. Da sind bestimmt bedeutende finanzielle und kunsthistorische Schäden zu beklagen. Ich finde vor allem immer die betroffenen Menschen wichtig, verletzte und getötete Menschen. Und ich spreche nur von Pakistan. Und von jetzt.

Ich bin grundsätzlich gegen die Todesstrafe. Auch gegen andere Formen von Folter. Vielleicht hatten Peter Altmaier und Co ja zum Beispiel eine schlechte Kindheit und konnten gar nicht anders, als wider besseren Wissens die Energiewende verhindern. Ich bin prinzipiell gegen die Todesstrafe, egal wie schuldig jemand ist. Aber lebenslang mit Sicherungsverwahrung muss schon sein. Die werden zweifellos sonst zum Wiederholungstäter. Ralf-Michael Lübbers , Marienhafe

Dobrindt und sein reaktionärer Stammtisch

Bei den Reaktionen auf die Klimaproteste der jungen Leute fühle ich mich an die unseligen Tage der RAF Anschläge erinnert. Damals bestand unzweifelhaft mörderischer Terror in Deutschland. Diese Situation ist heute in keiner Weise gegeben. Dennoch dröhnt der Stammtisch und gröhlt nach schärferen Gesetzen. Es ist schon merkwürdig: Wenn Bauern mit ihren PS-strotzenden Traktoren den Verkehr blockieren (Nötigung), wenn sie mit Müll und Gülle unsere Straßen versauen (Sachbeschädigung), bleibt der reaktionär-konservative Stammtisch gelassen und verständnisvoll. Jetzt aber, da friedfertige junge Leute über den Tellerrand hinaus schauen und versuchen, Aufmerksamkeit auf absehbare Katastrophen zu lenken, da haben diese Leute plötzlich Schaum vorm Mund. Da werden gesetzliche Normen gefordert, die man totalitären Staaten zu Recht vorwirft (Vorbeugehaft z.B.).

Diethelm Henkelmann, Mörfelden

Am stärksten betroffen von der Klimakrise

Nach dem unglaublich giftigen Unisono der so genannten öffentlichen Meinung zu der Arbeitsweise der „Last Generation“ suchte ich nach einer Gegenposition. Als hätten die Meinungsbildner in TV und Presse nur darauf gewartet, über die jungen Leute herzufallen und sie als Verbrecher zu diskreditieren, kam ihnen der Tod einer Radfahrerin gerade recht. Obwohl sich bald herausstellte, dass er nicht von den Aktionisten hervorgerufen worden war, arbeiteten Scharfmacher wie Dobrindt u.a. unbeirrt weiter. Heute erst las ich in der FR, dass es endlich ein Organ gibt, das per Aufmacher, Leitartikel und Karikatur klar stellen konnte, was die „Täter“ beabsichtigten: in echtem Engagement die verbreitete Trägheit in Politik und Mehrheit aufzudecken. Denn sie sind die von der Klimakrise bzw. Klimakatastrophe Meistbetroffenen!

Wolfgang Christian, Offenbach

Der Leidensdruck muss wohl noch weiter steigen

Ich habe mir die Sendung von Markus Lanz am Donnerstag angesehen. Man konnte am Ende sagen, dass es technisch glaubhaft möglich wäre, den nötigen Umstieg zu machen. Man müsste es nur wollen. Dem ist aber nicht so – und schon gar nicht in notwendigem Tempo.

Was die „Letzte Generation“ da macht, ist nach meiner Meinung eigentlich relativ sinnlos und auch nicht zielführend, um die Energiewende zu beschleunigen. Die Bevölkerung muss das wollen. Dann wird die Politik es auch umsetzen. In jeder Umfrage seit Monaten stellen die Gegner der Energiewende die stärkste Partei in Deutschland. Das wird sich wohl erst ändern, wenn der Leidensdruck noch ansteigen wird. Es ist also nur eine Frage der Zeit. Sich auf Straßen festkleben, wird das eher nicht beschleunigen.

. hans via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/lastgeneration

Russlands Politik ist zurzeit nicht rational

„Friedensfragen“, Ukraine-Krieg: „Wer ist bereit, den Weg zum Frieden zu weisen?“, FR-Politik v. 21.10.

Niemand spricht über Moskauer Imperialismus

Zu Recht wird der überseeische Kolonialismus europäischer Mächte beklagt und nun gegenüber den Nachfolgegenerationen der Opfer Abbitte auch unter Einsatz materieller Mittel geleistet. Gleichzeitig wird der russische Kolonialismus völlig übersehen. Man sehe sich in einem Geschichtsatlas die Expansion Russlands nach Westen z.B. im Zuge der „polnischen Teilungen“ und nach 1939/45 an oder die allmähliche Ausbreitung nach Osten/Sibirien und Südosten!

Statt aber aus diesem kontinentalen Imperialismus Russlands die „Heimholung historischer Territorien“ als fadenscheinige Begründung für Russlands/Putins Aggressivität gegenüber ehemals einverleibten „Sowjetrepubliken“ in West und Südost zu verstehen, kaprizieren sich die Verteidiger putinscher Aggressionen darauf, den USA und der Nato ein bedrängendes Einkreisen Russlands vorzuwerfen, schlimmer: als rechtfertigenden Kriegsgrund gegenüber der Ukraine anzuführen. Dafür aus Brzezinskis Feststellung: „Russland hört ohne die Ukraine auf, ein Imperium zu sein“ oder auf die Ausgleichs- und Friedenspolitik der sozialliberalen Regierung Brandt/Genscher zu verweisen, zeigt nur einen weiteren Mangel an Geschichtsbewusstsein – die Zeiten haben sich entscheidend geändert.

Die neuen Nato-Mitglieder flohen aus eigenem Willen, gezwungen von der Angst vor russischer Aggression, unter den Nato-Schutzschirm. „Immer die Hand am Puls des anderen haben“ (Egon Bahr) – genau das fehlte in Bezug auf die von Putins Russland überfallenen Staaten. Während wir es vor 50 Jahren mit rational handelnden Führungspersonen der UdSSR/KPdSU zu tun hatten, überschreitet heute ein geschichtsklitternder, nach KGB/FSB-Kriterien unkalkulierbar Handelnder jegliche Grenzen.

Dieter Hartwig, Kiel

Was wohl in Belarus passiert?

Putin stationiert Truppen in Belarus. Wenn Lukaschenko, Belarus (Weißrussland) von dort aus Angriffe auf die Ukraine zulässt, dann ist Belarus am Krieg beteiligt, und alle Sanktionen gegen Russland müssen auch gegen Belarus gelten. Wenn die Medien das verkünden und die Menschen in Belarus das erfahren, weiß ich nicht, was dort dann passiert. Gerd Manzel, Bad Oldesloe

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221115

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Biodiversität in Gefahr: Wie lassen sich unsere Lebensgrundlagen noch retten?“ Mit Frauke Fischer (Tropenbiologin, Autorin, Unternehmensberaterin), Hannah Emde (Tierärztin und Artenschützerin aus der ARD-Doku „Hannah goes wild“), Gabriele Hässig (Geschäftsführerin Nachhaltigkeit bei Procter & Gamble) und Kirsten Hegener (GIZ-Expertin für Biodiversität, Wald und Landwirtschaft). Eine Veranstaltung von FR, hr-info und GIZ.
Montag, 28. November, 18.30 Uhr
Saalbau Südbahnhof,
Hedderichstraße 51, Frankfurt

Niederlage für Autokratie

Zu: „WM? Nein danke!“, FR-Tagesthema vom 12. November

Fifa-Präsident Gianni Infantino hat sich von der katarischen Herrscherfamilie auf Gedeih und Verderb im Stile eines Mafia-Clans für deren Zwecke einkaufen lassen. Für den Fußball-Fan gibt es eigentlich nur eine Wahl: Die WM 2022 findet ohne ihn statt, denn Autokraten können Niederlagen – zum Beispiel durch schwache Einschaltquoten – nicht vertragen. Dieter Obst, Wiesbaden

Angebliche Werte

Zu: „Der Streit um private Rettung dauert an“, FR-Politik vom 7.11.

FR-Korrespondent Dominik Straub weist darauf hin, dass der Streit um die Flüchtlinge auf den unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen leicht beigelegt werden könnte, indem nämlich Deutschland diese Flüchtlinge nicht nach der Rettung aus Seenot zurückließe, sondern sie in Deutschland aufnähme. In der Tat: Alle Berufung auf angebliche Werte und alle Kritik an Italien ist pure Heuchelei, solange das nicht geschieht. Christoph Strecker, Stuttgart

Überhaupt nicht cool

Fahrradhelme: „Blink, blink“, FR-Region vom 5. November

Ich finde die blinkenden Helme überhaupt nicht cool, eher nervig. Auf einsamen Landstraßen mag das ja sinnvoll sein, aber im Stadtverkehr? Wenn das jeder machen würde! Überall blink blink. Am Ende werden die übersehen, die ganz normal mit vorschriftsmäßiger Beleuchtung unterwegs sind.

Blinkende Lichter an Fahrrädern sind aus gutem Grund verboten. Die Gesetzeslücke mit den blinkenden Helmen halte ich für sehr bedenklich. Einige meinen, für sich einen Vorteil zu erlangen und drängen damit andere im wahrsten Sinne in den Hintergrund.

Uwe Kasten, Frankfurt

SORRY

Guido Westerwelle hat im Lauf seines Lebens so manches gesagt, dem man nicht unbedingt zustimmen musste. Er ist 2016 gestorben, somit heute nicht mehr FDP-Vorsitzender. Der Satz, erneuerbare Energien seien Freiheitsenergien, den er laut FR („Holprig, aber richtig“, 12.11., S.13) gesagt haben soll, stammt in Wirklichkeit von Christian Lindner, dem aktuellen FDP-Vorsitzenden. Diesem Satz kann unbedingt zugestimmt werden.